

Darauf habe ich seit Monaten gewartet. Bereits vor der Landtagswahl zeichnete sich ab, dass die Verantwortlichen die Schuld für ihr eigenes Versagen dem unfähigen Bürger in die Schuhe schieben. Unfähig, seine Rechte als freier Bürger wahrzunehmen und zur Wahl zu gehen, unfähig, das Kreuz an der richtigen Stelle zu machen.

Vor einigen Jahren erklärte Innenminister Timm, die Bürgerinitiativen seien sämtlich von rechts unterwandert. Wie praktisch, da brauchte man sich mit den Themen dieser Initiativen gar nicht erst auseinanderzusetzen.

Die Politikverdrossenheit führte man - damals wie heute - auf die Bequemlichkeit der Menschen zurück. Niemand im Schloß kam offenbar auf die Idee, man könne handwerkliche Fehler gemacht haben und bekäme nun vom Bürger die Quittung dafür. Eher kam der Gedanke auf, die Wahlpflicht wieder einzuführen. Was soll man denn wählen, wenn man die Wahl hat zwischen Pest und Cholera?

Inzwischen hatten (fast) alle Parteien nacheinander Gelegenheit, ihr Können unter Beweis zu stellen. Versprochen haben alle viel. Was für die Bürger unter dem Strich herausgekommen ist, ist ein Verwirrspiel von Unzuständigkeiten zwischen den Ministerien. Niemand trägt Verantwortung, es wird über Sachverhalte entschieden, zu denen man wenig Kenntnisse hat.

Im Landtag ist es warm und den Bürger, der ausnahmsweise mal angehört wird (wie letzte Woche im Innenausschuß), wird man mit geballter Verwaltungs- und Rechts-Macht schon in die Schranken weisen. Dann kann man ungestört weiter dafür sorgen, dass kinderfreundliche Gemeinden (indem sie die Kosten für Schule und Betreuung tragen müssen) bestraft werden, möglichst wenig Zuzügler ins Land kommen (hohe Anschlußbeiträge sprechen sich herum und schrecken ab), junge Leute (wegen fehlender Breitbandanschlüsse und sonstiger Freiräume) gehen, bzw. nicht herkommen, das Leben im ländlichen Raum unbezahlbar wird und die Städte wieder mehr Zulauf bekommen, wie es sich ja bereits abzeichnet.

Es gibt nicht mehr viele, die noch ihr demokratisches Recht wahrnehmen und sich wehren (GG, Art. 20), doch jeglicher Einfallsreichtum scheint vergeblich zu sein - es wird nicht verstanden, die wahren Probleme werden nicht angepackt, es wird Kosmetik betrieben und an den Symptomen herumgedoktert, statt endlich wirkliche Reformen MIT den Bürgern einzuleiten, statt gegen sie.

Ich bin jetzt schon gespannt auf die nächste Wahl - und nicht sicher, von wo aus ich mir das ansehen werde.

Maria Rosemeyer, Blievenstorf